

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags, Sonnabends und Sonntags. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M., jährlich 12 Briefgebühren. Die obige Nummer kostet 10 Pfennig.

Anzeigen werden in der „Briefetal-Bote“, Bahnhofs-Allee 5 und von allen „Spezial-Expeditionen“ angenommen. Die billigste Platzgebühr beträgt 25 Pfennig, die Reflektierte 1 Mark.

Briefetal-Bote

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Brieße, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Sprechsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 55 Sprechsprecher Amt Birkenwerder 2005 Donnerstag, den 5. April 1928 Postfachkonto: Berlin 62 448. 27. Jahrg

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Die Grundvermögens- und Hauszinssteuer für den Monat April sind bis zum 16. d. Mts. in der hiesigen Gemeindekasse zu zahlen.

Von den Gastwirten und Bierverkäufern bleiben bis zum 10. d. Mts. die Bierbücher für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März d. Jz. zur Kontrolle im Zimmer 2 des Rathauses vorzulegen.

Birkenwerder, den 4. April 1928.
Der Gemeindevorsteher. J. A.: Rosenau, Gem.-Schiff.

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Nach dem Ortsrat über das Feuerlöschwesen in der Gemeinde Borgsdorf vom 4. Juni 1926 sind feuerlöschpflichtig alle männlichen Einwohner der Gemeinde vom zurückgelegten 18. bis zum vollendeten 60. Lebensjahre sowie die Forenen.

Die Feuerlöschpflicht kann durch Zahlung eines Geldbetrages, dessen Höhe von der Gemeindeverwaltung jährlich zu Beginn eines jeden Rechnungsjahres festgesetzt wird, abgelöst werden.

Der amtliche der Zahlung des Geldbetrages Feuerlöschpflicht (Handbuche) leisten will, muß hierüber dem Gemeindevorstand eine Erklärung abgeben. Die Erklärung kann in schriftlicher Form oder durch Eintragung in Listen, die im Gemeindebüro ausliegen, erfolgen.

Jch fordere deshalb diejenigen Einwohner auf, die während der Dauer des Rechnungsjahres 1928 Feuerlöschpflicht leisten wollen, bis zum 10. April 1928 die obengenannte Erklärung bei mir abzugeben.

Hausbesuchsanahme.
Die den Hauszinsentfernern auszustellenden Zählkarten sind nach dem Stande vom 1. April 1928 auszufüllen und nach Befristung der Richtigkeit bis zum 10. April 1928 im Gemeindebüro abzugeben.
Borgsdorf, den 4. April 1928.
Der Gemeindevorsteher. Seefeldt.

Die litauische Frage.

Die Königsberger Konferenz ist am Montag abend zu Ende gegangen. Sie erinnert in ihrem Verlauf und in ihrem Ergebnis lebhaft an die Genfer Völkervereinbarungen. Zuerst geht man nach Art der homerischen Helden aufeinander los und hält sich in drohenden Worten das beiderseitige Sündenregister vor, während man die eigene Vortrefflichkeit herausstreicht; dann setzt man Ausschüsse ein, die die strittigen Fragen weiter behandeln sollen, und zum Schluß versichert man sich, wie sehr man sich geehrt habe, in dieser herzlichen Weise mit einander plaudern zu können.

So war es auch diesmal bei den polnisch-litauischen Verhandlungen in Königsberg. Wenn man den Erfolg einer Konferenz nach der Zahl der von ihr beschlossenen Ausschüsse beurteilt, so kann man mit der Konferenz von Königsberg zufrieden sein, denn sie hat nicht weniger als drei Ausschüsse eingesetzt, und zwar: 1. die Kommission für Wirtschafts- und Verkehrsfragen, polnischer Vorsitzender Szumlatowski, litauischer Vorsitzender Dr. Janaitis; 2. die Kommission für Sicherheitsfragen, litauischer Vorsitzender Kalutis, Generalsekretär im litauischen Ministerium des Äußeren, polnischer Vorsitzender Solomko, Chef der Abteilung im polnischen Ministerium des Äußeren; 3. die Kommission für den litauischen Verkehr, polnischer Vorsitzender Taranowski, Chef der Abteilung für Verkehrsbangelegenheiten im litauischen Ministerium des Äußeren, litauischer Vorsitzender Dr. Sibilasauskas, Gelehrter in Berlin. Wann die Ausschüsse mit ihren Arbeiten beginnen werden, steht noch nicht fest. Am 20. April sollen zusammenkommen, um sich hierüber eine Vereinbarung zu treffen. Es ist vorzugehen, daß der erste Ausschuß in Kowno, der zweite in Warschau und der dritte in Berlin tagen soll.

Der politisch bedeutungsvollste Ausschuß ist der zweite, der die Sicherheitsfrage behandeln soll. Nach den Erfahrungen, die man mit dem Genfer Sicherheitsausschuss gemacht hat, dürfte seine Arbeit aber auch am unfruchtbarsten bleiben. Solange es mächtige und ohnmächtige Staaten gibt, wird die Sicherheitsfrage immer nur einseitig gelöst werden können. Je fester sich die Starken fühlen, umso unsicherer fühlen sich die Schwachen. Es wird daher nicht leicht sein, dem kleinen Litauen gegenüber dem großen Polen das Gefühl der Sicherheit zu geben. Die Anregung zur Erörterung der Sicherheitsfrage ging demgemäß auch von Litauen aus.

Aus einer Note, die der polnische Delegationsführer Jalecki dem litauischen Delegationsführer Woldebars überreicht hat, geht deutlich hervor, in welchem Sinne Polen den Vorschlag annehmen hat.

und wie es sich die Lösung der Sicherheitsfrage denkt. Es schlägt nämlich den Abschluß eines „Nichtangriffspaktes“ vor. Der Gedanke ist nicht gerade neu; die Erfahrungen, die man mit den Locarnoverträgen und anderen ihnen nachgebildeten Abkommen gemacht hat, lehren aber, daß Nichtangriffspakte noch keine Lösung der Sicherheitsfrage bedeuten. Man hätte ja sonst in Genf nicht den Sicherheitsausschuss einzusetzen brauchen. Gerade die Arbeiten dieses Ausschusses haben aber gezeigt, daß die Sicherheitsfrage heute noch auf demselben Fleck steht, wie vor Locarno.

Das litauisch-polnische Problem liegt in Wahrheit viel tiefer. Auch hier zeigt sich die Stimmperarbeit, die man feinerzeit in Versailles geleistet hat, als man in Osteuropa eine Reihe lebensunfähiger Staaten schuf. Die Erkenntnis dämmert ja allmählich auch in Paris. Erst vor wenigen Tagen hat ein Pariser Blatt auf den Uninn des polnischen Korridors hingewiesen, und betont, daß der natürliche Weg Polens zur See über Litauen geht. In der Tat muß Polen, wenn es sich überhaupt auf die Dauer als Staat erhalten kann und will, einen natürlichen Ausdehnungsdrang nach Litauen hin entfalten. Das entspricht geographischer, leberlicher und wirtschaftlicher Notwendigkeit. Kein Locarno-Vertrag kann Litauen gegen diese ständige Bedrohung durch Polen schützen. Darüber dürfte man sich auch in Kowno vollkommen klar sein. Durch die Wegnahme Wilnas ist man ja schon gewarnt. Litauen hat diesen Raub noch immer nicht anerkannt; auch jetzt in Königsberg hat es noch ausdrücklich dagegen Verwahrung eingelegt. Aber wiederbekommen wird Litauen das Wilnagebiet nicht, — oder nur dann, wenn es sich in sein Schicksal ergibt, ein polnischer Vasallenstaat, ein autonomer Teil des polnischen Reiches, zu werden.

Dawes-Dämmerung?

Ein angeblicher Entwurf zur Revision des Dawesplanes.

Die letzte Rede Poincaré mit ihren dunklen Andeutungen über eine Revision des Dawesplanes hat in der Presse zu neuen Erörterungen dieser Frage Anlaß gegeben. Der Pariser Korrespondent der „New York Times“ will es nach einem Bericht des „Matin“ ganz genau wissen, wie die Dinge stehen. Danach soll bereits ein fertiger Entwurf der Sachverständigen vorliegen, der folgende Regelung der Reparations- und Schuldfrage vorschlägt:

Die Reparationsschulden Deutschlands, die nach dem Londoner Zahlungsplan im Jahre 1921 nom. 132 Milliarden Goldmark betragen sollen, werden auf 32 Milliarden herabgesetzt und durch die Emissionen deutscher Bonds in gleicher Höhe gedeckt werden. Die Hälfte der Reparationsschulden, d. h. 16 Milliarden, sollen dann in Form von 11 Milliarden Eisenbahn- und 5 Milliarden Industrie-Obligationen mobilisiert werden. Die Obligationen werden nach dem Dawesplan mit 5 Prozent verzinst und mit 1 Prozent getilgt werden.

Mit der zweiten Hälfte der Reparationsschulden bleibt der deutsche Reichshaushalt belastet, was im Vergleich zu den bisherigen Dawes-Amutitäten für das Reich eine Erleichterung der Zahlungen um 40 Prozent bedeutet. Das Ergebnis der Mobilisierung der Eisenbahn- und Industrie-Obligationen soll zur Liquidierung der interalliierten Schulden dienen, während die restlichen 16 Milliarden die bisher zum größten Teil an Frankreich und Belgien in Form von Sachlieferungen gelangen, um die durch den Krieg verursachten Schäden wieder gutzumachen.

Es wird dann ausgerechnet, daß bei einem Emissionsfuß von 80 Prozent — wie er wohl höchstens zu erzielen wäre, — die Emission der Obligationen etwa 3 Milliarden Dollar erbringen würde, während die interalliierten Schulden an Amerika etwas über 4 Milliarden betragen. Angeht es Amerika aber bereit sein, den überschüssigen Betrag zu freilegen, wenn die Abwicklung sich in wenigen Jahren statt eines Zeitraumes von 62 Jahren, wie es die amerikanischen Schuldabkommen bisher vorsehen, vollzieht.

Keine Revision während Coolidges Amtszeit.

Es mag dahingestellt bleiben, wie weit diese Einzelheiten zutreffen. Zum Teil mögen sie ihre Entstehung den Fingerspitzen des Korrespondenten verdanken. Daß aber die Rufe Parer Gibberis, die ihn nach Paris, London und Washington führte, trotz aller Ableanunngen mit den Plänen zur Revision der Da-

wesplanungen in Zusammenhang stand, kann kaum noch bezweifelt werden. Ob allerdings eine Revision des Dawesplanes noch in diesem Jahre in Frage kommt, ist mehr als ungewiß. „New York Times“ läßt sich jedenfalls aus Washington melden, amtliche Kreise erwarteten nicht, daß für den Rest von Coolidges Amtszeit irgend welche entscheidenden Schritte im Zusammenhang mit einer Revision des Dawesplans erfolgen könnten.

Das von einem abgeschlossenen Revisionsplan noch nicht die Rede sein kann, beweist auch eine Meldung der „Herald Tribune“, wonach ein in Washington weitläufiger prominenter New Yorker Bankier bemerkte, falls die vorgeschene Bondemission zu vier Prozent erfolgen könne, wäre eine Fixierung der Reparationssumme auf zehn Milliarden möglich, während sie bei fünf Prozent etwa acht Milliarden betragen würde.

Die Not Nordschleswigs.

Schmidt-Wodder spricht im dänischen Folkething.

Im Verlaufe einer Aussprache über die wirtschaftliche Krise in Nordschleswig ergriff im dänischen Folkething der deutsche Abgeordnete für Nordschleswig, Pastor Schmidt-Wodder zu einer bedeutungsvollen Rede das Wort, in der er, von den wirtschaftlichen Fragen ausgehend, zu den nationalen und den kulturellen überging. Nationalpolitisch komme es darauf an, daß bei voller Aufrechterhaltung des nationalen Gepräges auf beiden Seiten die Ueberzeugung zu liegen beginne, daß Deutsch und Dänisch kein Gegensatz zu sein brauche, und daß das Deutschum und das Dänentum auf bestimmten Gebieten sehr wohl zusammengehen könnten. Bisher habe man aber auf dänischer Seite dergleichen Gedanken nicht gerade mit Freuden begrüßt. Viel mehr sei man im dänischen Lager bemüht, Schmidt-Wodder unangenehm zu verdächtigen und zu verleumdern.

Dann wandte der Abgeordnete sich den von Dänemark abgewiesenen höchst bescheidenen Forderungen des „Deutschen Schulvereins“ für das nordschleswigsche Schulwesen zu, und legte die deutschen Schulforderungen in der Form eines Gesetzesvorschlages auf den Tisch des Hauses nieder.

Man werde noch einmal erkennen, so schloß Schmidt-Wodder seine Rede, daß er in Wirklichkeit, wenn er auch manches gesagt habe, was in dänischen Ohren nicht gut klinge, dafür gearbeitet habe, das zu beseitigen, was das Verhältnis zwischen dem deutschen und dem dänischen Volke störe, und Wege zeige, die man gehen müsse und mit Erfolg gehen könne.

Graf Westarp über die Schulfrage.

„Das Schulgesetz an parteipolitischen Rücksichten gescheitert.“

Auf dem 8. Bundestag des Deutschnationalen Lehrverbundes, der zur Zeit in Berlin tagt, hielt der deutschnationale Parteiführer Graf Westarp am Dienstag eine Rede, in der er besonders auf die Frage des Schulgesetzes einging.

„Nach meiner Ueberzeugung hätten die sachlichen Schwierigkeiten zwischen der Deutschen Volkspartei einerseits und dem Zentrum und uns andererseits überwunden werden können“, so erklärte er. Der Schulgesetzentwurf ist gescheitert an parteipolitischen und koalitionspolitischen Rücksichten. Dr. Stresemann und Dr. Curtius hätten es ja oft genug ausgesprochen, daß sie im April oder Mai die Neuwahlen haben wollten, da ihnen die Ehe mit den Deutschnationalen keine besondere Freude gemacht habe. Dr. Stresemann arbeite aus begrifflichen Gründen lieber mit den Sozialdemokraten zusammen, die seiner Außenpolitik weniger Widerstand entgegenbrächten. Auch das Zentrum habe immer wieder erklärt, es denke nicht daran, mit der Reaktion in die Wahlen zu gehen. Es sei tief bedauerlich, daß eine Aufgabe von so durchschlagender Bedeutung, wie es das Schulgesetz sei, an solchen Koalitions- und parteipolitischen Rücksichten scheitern mußte. Um so mehr hätten wir alle Veranlassung, das zu tun, was Minister Reubell und er, der Redner, mehrfach ausgesprochen haben.

Der Wahlkampf im Reich und in Preußen gehe um die Schule, gebe um das Recht der Elternschaft, die christliche Erziehung ihrer Kinder zu fordern und durchzusetzen und gebe um den Religionsunterricht.

Bettfedern **Bettstellenu. Matratzen** **Schaefer**
Patentböden / Ruhebetten Watte- und Daunen-Steppdecken Berlin C, Stadtbahnhof Börse